Anzeigenpreise:
Die neungespalt. Kompardillezeile 40 ₰
Inserate für auswärts . . . . . 60 ₰
Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen . . . . . 30 ₰
Die viergespaltene Reklamezeile . 1.50 ₰
Bei Wiederholungen Rabatt.
Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen der Zeitung in unseren Händen sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreise:
In Danzig durch unsere Zweigstellen . . . . monatlich 1.90 ₰
vierteljährlich 4.50 ₰
Durch die Post bezogen außerdem noch Zustellgebühr . monatlich 14 ₰
Einzelnummern . . . . . 10 ₰
Postscheckkonto Danzig Nr. 2045.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Danzig, Paradiesgasse 32.

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon: Redaktion 3795. Expedition 3290.

Nr. 178 | Dienstag, den 5. August 1919 | 10. Jahrgang

Das Ende der Diktatur in Ungarn.

Wie wir bereits am Sonnabend berichteten, ist die Sowjetregierung in Ungarn gestürzt worden. Eine sozialdemokratische Regierung, die in der Hauptsache aus Gewerkschaftsvertretern besteht, hat die Regierung übernommen. Auch diese Regierung wird nur ein Provisorium darstellen, da die Regierung die Forderung aufgestellt hat, den Frieden nur mit einer vom ganzen Volk gewählten Vertretung zu schließen.

Was wir voraussagten, ist eingetreten. Eine Diktatur, sei es eine reaktionäre oder eine proletarische, muß einmal ein Ende nehmen, da solche Gewaltherrschaft immer mehr Kreise des Volkes erbittert und damit die Grundlage der Macht für die Diktatoren immer enger wird. Wenn in Rußland und Ungarn die Arbeiter alles Heil von der Diktatur erwarteten, so wurden sie bald eines besseren belehrt. Arbeitslosigkeit, Teuerung und Hungersnot nahmen immer mehr zu und dazu mußten dann an allen Grenzen Krieg mit der Entente geführt werden, die die bolschewistischen Regierungen auf das schärfste bekämpft. Wenn die Machthaber in Rußland und Ungarn auf die Revolution in den Ententeländern hofften, so haben sie sich gründlich getäuscht. Leider haben Tausende von ungarischen und russischen Arbeitern diesen Irrtum ihrer diktatorischen Führer mit dem Leben bezahlen müssen. Auch aus Rußland kommen immer mehr Nachrichten, die ein baldiges Ende der Diktatur Lenin-Trotzki ankünden. Und da gibt es in Deutschland noch immer Leute, die auch unser Volk durch das Meer von Blut und Tränen führen wollen, das Rußlands und Ungarns Proletariat hat durchschreiten müssen. Heute sind diese Länder ein wirtschaftliches Trümmerfeld. Uns Sozialdemokraten warfen die bolschewistischen Volksbeglücker vor, das wir den Kapitalismus verewigen wollten. Nach dem Sturz des Bolschewismus wird der Kapitalismus dort mehr denn je blühen. Den Sozialismus erstreben auch wir. Aber wir wissen, daß wir erst einmal die große Masse des Volkes dafür gewinnen müssen, daß Sozialismus nicht Niederreißen, sondern Aufbauen bedeutet. Und daher wissen wir, daß der Weg, den die deutsche Sozialdemokratie eingeschlagen hat, der Weg der Demokratie, uns sicherer zum Ziele führt als die bolschewistischen Gewaltexperimente, die so jämmerlich Fiasko erlitten haben.

*

Berlin, 2. Aug. (W. T. B.) Ueber den Sturz Bela Khuns wird dem „Berl. Tgbl." nach den in Wien eingetroffenen Telegrammen u. a. berichtet: Am Donnerstag hat eine Vollversammlung des ungarischen Gewerkschaftsrates stattgefunden, in der mitgeteilt wurde, daß die Entente jede Milderung der Blockade abgelehnt, ja sogar eine Verschärfung beschlossen habe. Der Präsident der Versammlung legte die verzweifelte militärische Lage dar und stellte den Antrag, die Räteregierung möge aufgefordert werden, zurückzutreten und die Macht einem sozialdemokratischen Ministerium zu übergeben. Der Antrag wurde vom Gewerkschaftsrat mit 93 gegen 3 Stimmen angenommen. Um 7 Uhr abends war die Regierung Bela Khuns gestürzt. Bela Khun wurde von dem Beschluß sofort verständigt. Nach langen Beratungen unterwarfen sich die Mitglieder der Regierung dem Beschluß des Gewerkschaftsrates. In einer Sitzung der 500 Pester Arbeiter- und Soldatenräte am Freitag gab Bela Khun den Beschluß der Regierung bekannt und erklärte u. a., die Räteregierung müsse die Macht den Gewerkschaften übergeben, um zu verhindern, daß der Feind Ungarn seiner Produktionsmittel beraube.

Die Diktatoren geflüchtet.

Wien, 2. Aug. (Korrespondenzbureau.) **Bela Khun, der die Aufenthaltsbewilligung für Deutsch-Oesterreich erhalten hatte, ist in Wien eingetroffen. Er wird in einem Internierungslager untergebracht werden.**

Mit Bela Khun trafen auch Landler und der Volksbeauftragte Pohr in Wien ein. Sie wurden zum Polizeidirektor geführt, von wo sie nach erfolgter Vernehmung ins Internierungslager nach Drosendorf gebracht werden.

Die Blätter melden, daß nach Mitteilungen von zuständiger Stelle die Entente die neue ungarische Regierung anerkennen werde. In der ungarischen Gesandtschaft herrscht heute lebhaftes Treiben. Hunderte von Personen haben sich angestellt, um Pässe für die Rückfahrt nach Ungarn zu erhalten.

*

Wien, 2. Aug. Wie das „Neue Wiener Tagblatt" berichtet, seien für die Familienangehörigen der zurückgetretenen ungarischen Volksbeauftragten Einreiseansuchen bewilligt worden. Die Volksbeauftragten selbst, insbesondere Khun und Szamuely, dürften durch die Entente ins Ausland gebracht werden.

Selbstmord Szamuelys.

Wien, 2. Aug. Die Blätter melden: Tibor Szamuely hat schon gestern die Flucht ergriffen und versucht bei Wiener Neustadt die Grenze zu überschreiten, um nach Deutschösterreich zu gelangen. Er wurde aber von Gendarmen erkannt und festgenommen. Darauf hat sich Szamuely durch einen Kopfschuß selbst getötet. Die Leiche wurde nach Wiener Neustadt gebracht. Aus Bruck an der Leitha ist die Mitteilung angelangt, daß die dortige rote Grenzpolizei heute früh durch bewaffnete sozialistische Grenzschutzsoldaten abgelöst wurde, die die Rotgardisten entwaffneten.

Wien, 2. Aug. Wie die Blätter melden, sind in allen wichtigen Amtsstellen in Budapest bereits Personalveränderungen eingetreten, indem Sozialdemokraten statt Kommunisten eingesetzt wurden. Bela Khun, Landler und der Volksbeauftragte Pohr wurden nach erfolgter Vernehmung durch den Polizeidirektor in das Internierungslager nach Drosendorf gebracht. Die Blätter melden, daß die Entente die neue ungarische Regierung anerkennen werde. Im privaten Börsenverkehr kam es zu einer Kurssteigerung für ungarische Werte.

Budapest, 2. Aug. Wie das ungarische Korrespondenzbureau meldet, hat die Bevölkerung die politischen Aenderungen überall mit großer Ruhe aufgenommen, in zahlreichen Städten und Gemeinden mit Begeisterung.

Budapest, 3. Aug. Wie „Nepszava" meldet, hat das rumänische Oberkommando die ungarische Heeresleitung verständigt, daß eine rumänische Kommission zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand nach Budapest abgesandt worden sei. Die Regierung wird mit dieser sofort nach deren Eintreffen die Waffenstillstandsverhandlungen aufnehmen.

Baldiger Umschwung in Rußland?

Zu den Nachrichten über einen Umschwung in Rußland äußert die „Deutsche Allg. Ztg.": Einen Umschwung möchten wir noch vor dem Winter für wahrscheinlich halten. Der politische und wirtschaftliche Bolschewismus hat praktisch in Rußland längst ausgespielt. Bolschewistisch ist noch das Heer, solange es noch von den bolschewistischen Machthabern Lenin und Trotzki besoldet, bekleidet und verpflegt wird; aber die breite Masse wird von dem noch herrschenden bolschewistischen System im kommenden Winter mit der doppelten Todesart des Erfrierens und Verhungerns bedroht. Zu der inneren Unhaltbarkeit kommt hinzu, daß es mit Friedensschluß wieder einen Weltwillen geben wird, und dieser Weltwillen lenkt vom Bolschewismus ab, dem damit seine Stunde schlagen wird.

Gegen Verleumdungen.

Berlin, 2. Aug. (W. T. B). **Der Reichsregierung ist von dem Staatsminister eines Freistaates ein Schreiben zugegangen, in dem darauf aufmerksam gemacht wird, daß seit mehreren Monaten von ganz bestimmten Stellen aus Gerüchte und Verleumdungen gegen Mitglieder der Reichsregierung sowie der einzelnen freistaatlichen Regierungen, insbesondere gegen die Führer der alten sozialdemokratischen Partei, die im Regierungsdienst tätig sind, in Umlauf gesetzt worden sind. Die Verdächtigungen ziehen sich besonders gegen den Reichspräsidenten Ebert, den früheren Ministerpräsidenten Scheidemann und den Reichsfinanzminister Erzberger. Das Staatsministerium des betreffenden Freistaates hält es daher für nötig, daß die systematischen Verleumdungsaktionen widerlegt und zum Scheitern gebracht werden. — Gleichzeitig ist von anderer Seite dem Ministerpräsidenten mitgeteilt worden, daß in den nächsten Tagen gegen den Reichsminister Erzberger neue Verdächtigungen auftauchen werden. Es soll ihm Hamsterei während der Kriegszeit vorgeworfen werden. Seine Reklamationsakten sollen veröffentlicht und seine Steuererklärung unter Nachweis über sein Einkommen einander gegenübergestellt werden, um ihm schwere Steuerhinterziehung nachzuweisen. Es bedarf kaum der Feststellung, daß alle solche Verleumdungen völlig grundlos und wider besseres Wissen ausgestreut sind.**

Die Sozialistenkonferenz in Luzern.

In Luzern ist eine internationale Sozialistenkonferenz zusammengetreten. Sie hat in der Hauptsache die Aufgabe, einen internationalen Sozialistenkongreß vorzubereiten. In den andern Beratungspunkten kann sie an die Vorarbeiten anknüpfen, die von der Berner Konferenz im Februar geleistet wurden. Damals wurde ein Friedensprogramm angenommen und die Genossen aus Frankreich erklärten dazu, daß nur dieses sozialistische Programm die Grundlage für den kommenden Frieden abgeben dürfte. Einen Gewaltfrieden würden sie zu verhindern wissen. Sie haben ihn nicht verhindert und sie konnten ihn nicht verhindern. Denn darüber wollen wir uns klar sein: Eine bestimmende Macht bildet der Sozialismus drüben noch nicht. Die Staatsmänner der Entente hielten es nicht einmal für nötig, die Führer der Ententesozialisten zu empfangen, die mit ihnen über den Frieden verhandeln wollten. So sehr wir uns also von einer Ueberschätzung der Macht der Internationale hüten müssen, so dringend müssen wir jedoch versuchen, in engste Fühlung mit den Bruderparteien in den Ententeländern zu gelangen. Denn nur durch den engsten Zusammenschluß wird es der Sozialdemokratie aller Länder gelingen, dem Kapitalismus und Imperialismus siegreich die Stange zu halten. Deshalb hoffen wir, daß die Konferenz ihre Zeit nicht damit vertrödeln wird, um lange über die „Schuld" einzelner Parteien zu beraten, sondern daß sie praktische Arbeit leistet und alles daransetzen wird, um die neuerstandene Internationale auch so auszugestalten, daß sie nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln imstande ist.

Die internationale Sozialistenkonferenz wurde am Sonnabend durch eine Ansprache Arthur Hendersons eröffnet, in der dieser u. a. darauf hinwies, daß es Pflicht der Arbeiterführer sei, die Regierungen über die Größe der politischen und wirtschaftlichen Krise zu unterrichten und sich vor ihren drohenden Möglichkeiten zu bewahren. **Die Hauptpunkte des Friedensvertrages bedürften einer sofortigen grundsätzlichen Revision.** Henderson kritisierte sodann die Politik der Alliierten gegenüber den Sowjetregierungen von Rußland und Ungarn und verlangte Entsendung einer Bevollmächtigtenkommission nach Rußland und Ungarn, um der Welt objektive Berichte vorzulegen.

In der Sonnabend-Nachmittagsitzung des internationalen Sozialistenkongresses forderten Cachin (Frankreich) und Macdonald (England) ein entschiedenes Vorgehen gegen die Ententeregierungen. Macdonald sprach sich scharf gegen eine Unterstützung Koltschaks durch die Entente aus. Troelstra (Holland) führte aus, das neue Programm der zweiten Internationale müsse einen ausgesprochenen revolutionären Charakter tragen. Wels (Deutschland) betonte, daß der Entscheidungskampf gegen den Kapitalismus heute an Amerika und England übergegangen sei. Die deutsche Arbeiterschaft hoffe von der zweiten Internationale die Schaffung eines wirklichen Völkerbundes. Wollenhuhr wies darauf hin, daß die deutsche Regierung entschlossen sei, die Frage der Verantwortung völlig zu klären. Damit wurde die Verhandlung geschlossen. Die nächste öffentliche Sitzung findet Mittwoch vormittag statt.

*

Wir oder sie.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat der Internationale ein Ultimatum gestellt: entweder

die Internationale soll die Mehrheitssozialisten ausschließen

oder die Unabhängige Sozialdemokratie scheidet aus der Internationale aus; mit uns zusammen werden die Unabhängigen nicht länger in der Internationale wirken. Wie die „Freiheit" mitteilt, haben Parteileitung, Beirat und Kontrollkommission der U. S. P. „übereinstimmend die Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht, daß ein Anschluß an die Internationale, in der für die Rechtssozialisten Raum wäre, für die Unabhängige Sozialdemokratie nicht in Betracht käme". Von der in den nächsten Tagen zusammentretenden Lugerner Internationalen Konferenz scheint man freilich die endgültige Entscheidung noch nicht zu fordern, sondern erst von dem künftigen Internationalen Kongreß.

In der Internationale haben jahrzehntelang Guesde und Jaurès, Hyndman und Keir Hardie, Rosa Luxemburg und Daschinsky — kurz, die verschiedensten Richtungen der Sozialdemokratie, zusammengesessen, die sich in der Heimat erbittert bekämpften. In vielen Fällen gelang es der Internationale, die streitenden Brüder wieder zu vereinigen. Auch in Deutschland hätte es vielleicht einmal durch die Internationale zur Wiedervereinigung des Proletariats kommen können. Diese Aussicht wollte die U. S. P. vernichten und wird sie vernichten.

Wir begrüßen es, daß die Internationale vor die klare Entscheidung gestellt wird, ob sie Demokratie oder Rätediktatur will. Wir übersehen nicht, wie gefährlich das Manöver der Unabhängigen ist, das auf die Abneigung weiter Kreise der Ententesozialisten gegen die deutsche Mehrheitssozialdemokratie spekuliert. Aber wir fürchten die Entscheidung nicht, wie sie auch falle. Schließlich werden ja die Bruderparteien in den siegreichen Ländern am besten wissen, ob sie uns die nahe Weltrevolution versprechen können oder nicht.

Der Beschluß der U. S. P. hat von neuem gezeigt, daß ihr höchstes Ziel die Zersplitterung der Arbeiter ist. Sie lebt vom Bruderkrieg und fühlt sich am wohlsten, wenn er zur Siedehitze der Erbitterung steigt. Uns sagt sie damit nichts Neues, aber die Masse der Arbeiter wird jetzt noch klarer als zuvor erkennen, woran sie ist.

Streiks in der Schweiz.

Olten, 3. Aug. In der Schweiz wird eine allgemeine Aktion gegen die Lebensmittelteuerung durchgeführt. Die Gewerkschaften selber werden die Frage prüfen und dem Bundesrat ihre Forderungen unterbreiten. Sie werden alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zur Unterstützung ihrer Forderungen anwenden.

Zürich, 2. Aug. Die Streikleitung der Arbeiterunion hat der Regierung erklärt, die Arbeiter der Stadt Zürich würden im Generalstreik verharren, bis die Durchführung der aufgestellten Forderungen gesichert erscheine.

Basel, 2. Aug. Entgegen der Anweisung des Aktionskomitees haben die Arbeiter des Gaswerks beschlossen, die Arbeit ebenfalls niederzulegen. Nach Nachrichten der Schweizerischen Depeschenagentur beträgt die Zahl der Toten zwei, die der Verwundeten fünf.

Zürich, 2. Aug. Der Züricher Regierungsrat reichte an den Bundesrat ein Gesuch um Entsendung von Truppen ein. In der Stadt ist der Straßenbahnverkehr eingestellt, ebenso der Automobilverkehr.

Zürich, 3. Aug. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) Die Streikleitung verlangt die Schließung aller Wirtschaften während der Dauer des Streiks. Der Regierungsrat hat sich geweigert, den Ausschank von alkoholischen Getränken zu verbieten. Von Montag an werden nur noch Milchfuhrwerke verkehren. Der Bankpersonalverband unterstützt die Forderungen der Arbeiter, hat aber noch keinen Beschluß über seine Teilnahme am Streik gefaßt. Vor der Einigungskommission in Zürich finden Verhandlungen zwischen den Textilarbeitern und den Seiden-Industriellen statt. Für einen Schiedsspruch, der eine Erhöhung des Stundenlohnes um 25—30 Rappen vorsieht und die Urlaubsfrage regeln soll, werde eine Frist von drei Tagen gestellt. Der Zentralvorstand der christlich-sozialen Schweizer Buchdruck-Gewerkschaft lehnt den Streik als rein politisch und bolschewistisch ab.

Verschleuderung von Volksvermögen.

Das unfähige Reichsverwertungsamt.

Die nicht mehr für die Zwecke der Heeresverwaltung benötigten Heeresbestände sind dem Reichsverwertungsamt zur Veräußerung übergeben worden. Anstatt nun die zahlreich vorhandenen Geräte, Leder, Stoffe usw. schleunigst zu angemessenen Preisen direkt an die Verbraucher zum Verkauf zu stellen, läßt es das Reichsverwertungsamt zu, daß die verschiedenen Ortsstellen die Sachen zum Teil liegen lassen, wo sie verderben oder gestohlen werden, oder aber, daß sie an Geschäftsfreunde, ehemalige Kriegslieferanten und dergleichen Leute verkauft werden. Die Kriegslieferanten, die diese Dinge in den Vorjahren lieferten, machen nunmehr ein zweites Geschäft. Unbekümmert um die Nöte und Beschwerden der Zeit, werden die Sachen auf Lager genommen, um sie dann zu geeigneter Zeit zu Wucherpreisen weiter zu verkaufen. Meistens sind es Schieber und die Ware wandert in den Schleichhandel.

Aus dem Proviantdepot der Duisburg-Ruhrorter Häfen wurden beispielsweise große Mengen Zigarren an einen Kaffeehändler, der zu den Proviantbeamten gute Beziehungen unterhielt, abgegeben, der sie tags darauf mit großem Gewinn weiter verkaufte. Aus dem Materialiendepot ebenda wurden alle Bestände an Bürsten, Pinsel und ähnliche Waren an einen Unteroffizier des ebenfalls dort liegenden Sammel-Sanitätsdepots verkauft, der an den Revolutionsschiebungen sehr viel verdient hat. Drei ehemalige Beamte des Materialiendepots im Duisburg-Ruhrorter Hafen haben nach Ausbruch der Revolution bei der Verwertung der Heeresbestände so viel zusammengeschoben, daß sie instand gesetzt wurden, sich acht Personenautos anzuschaffen, mit denen sie jetzt in Duisburg einen Autofuhrverkehr eingerichtet haben. Wenn nicht sofort alle Verwaltungsbureaus des Reichsverwertungsamtes radikal gesäubert werden, ist jeder Kampf gegen die Korruption aussichtslos.

Im Eispalast in Berlin, Lutherstraße, liegen nach einer kürzlichen Meldung des „Vorwärts" ungeheure Vorräte an Textilwaren (Kattune, Mulle, Gardinen, Leinen, Baumwollstoffe, mehrere Millionen Rollen Gruschwitz-Garne usw.), Dinge, die die Allgemeinheit dringend braucht und mit Wucherpreisen bezahlen muß. In Kassel liegt ein enormes Lager von Gardinenstoffen. In einer anderen Stelle liegt ein Sanitätsschuppen mit dreißigtausend Bettstellen. Das Reichsverwertungsamt hält diese Dinge zurück, zahlt hohe Lagergelder und hohe Gehälter für Direktoren, Lagerverwalter usw. und ist nicht zu bewegen, die Sachen den Verbrauchern zuzuführen. In Münster in Westfalen liegen große Mengen Bett- und Leibwäsche, Handtuch- und Kleiderstoffe, Leinen, Bettwäsche, Strümpfe und sonstige Bekleidungsstücke. An der Spitze der Verwaltung steht ausgerechnet ein — Staatsanwalt. Erst die drohende Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes für den Fall der Nichtunterzeichnung der Friedensbedingungen hat diese Stelle veranlaßt, die Bestände beschleunigt an die benachbarten Kommunalverbände loszuschlagen, nicht ohne die Münsterer Profitmacher erst 10 Prozent daran verdienen zu lassen.

Münster soll ein Schulbeispiel dafür gewesen sein, wie es heute gemacht wird. Die Art und Weise, wie dort die Beamten des Reichsverwertungsamtes und auch andere an dem Geschäft Beteiligte arbeiteten, grenzt geradezu an Sabotage. Wer aber [illegible] in den Sand griff, konnte tagelang warten, bis ihm die verkaufte Ware verabfolgt wurde. Waggons, die zum Beladen bereit standen, wurden, wenn die „offene Hand" nicht gefüllt wurde, nicht „gefunden", bis nach Arbeitsschluß. Dann wurde kategorisch erklärt: die Arbeitszeit ist zu Ende. Die Ueberstunde aber kostet pro Mann und Stunde 6,50 Mark. Um nicht einen weiteren Tag warten zu müssen, mußte, wer kein Trinkgeld gab, für den ganzen Troß — Inspektor, Feldwebel, Aufseher und ein Dutzend Arbeiter — alle Ueberstunden bezahlen. Das ist Erpressung.

Der Schaden, der dem Reiche durch Schiebungen mit Heeresgut zugefügt wird, beläuft sich auf Millionen. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß die Schiebungen größten Stils von Leuten begangen werden, denen die Verwaltung des Heeresgutes anvertraut ist, daß die Kriegsgewinnler durch eine ebenso gefährliche Spezies, die der Revolutionsgewinnler, abgelöst wurden. Die maßgebenden Stellen müssen mit eisernem Besen diesen Augiasstall reinigen. Die Bevölkerung der ärmeren Schichten hat nichts mehr anzuziehen, die Frauen wissen nicht, womit sie die schadhaft gewordenen Sachen ausbessern sollen. Heraus endlich mit den Beständen aus den Lägern!

Landarbeiterrecht.

Von Georg Schmidt,

Vors. des Deutschen Landarbeiterverbandes.

Die starke Unruhe der Bevölkerung über die Landarbeiterstreiks hat sich wieder gelegt, die Befürchtung, daß ein allgemeines Streikfieber auch die Landwirtschaft ergreifen würde, ist einigermaßen geschwunden. Große Streiks in der Landwirtschaft, namentlich während der Ernte, wären natürlich auch ein großes Unglück. Glücklicherweise waren aber die Pressnachrichten sehr übertrieben. Aus den Verhandlungen der preußischen Landesversammlung am 25. Juli ergab sich auch, daß mit den Alarmnachrichten die Geschäfte der Agrarier, genauer gesagt: eines erheblichen Teils der ostdeutschen Agrarier, besorgt werden sollten. Hoffen wir, daß zukünftig, wenn wieder einmal kleine Streiks auf einzelnen Gütern ausbrechen sollten, die Presse sich sachgemäß darüber unterrichten läßt.

In der Landwirtschaft fehlt es noch an einem gegenseitigen Sichverstehen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Im Gegensatz zur Industrie und im Gewerbe bestanden in der Landwirtschaft lange Zeit hindurch keine ausgeprägten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen. Der Landarbeiterverband existierte zwar schon in der vorrevolutionären Zeit, aber auch darin handelte es sich nur um einen ersten Aufbau. Nach der Revolution haben sich die gewerkschaftlichen Organisationen auf dem Lande sehr schnell entwickelt, so daß man heute etwa 400 000 gewerkschaftlich organisierte Landarbeiter zählen kann, die sich auf alle Teile Deutschlands verteilen und am stärksten in den Gebieten des landwirtschaftlichen Großbetriebes im Osten Deutschlands vertreten sind.

Die landwirtschaftlichen Organisationen, wie der Bund der Landwirte und die Bauernvereine, und ebenso die Landwirtschaftskammern, waren aber seit langem bestrebt, die Bildung reiner Arbeitgeber-Verbände in der Landwirtschaft zu verhindern. Das Bemühen darum ist alt und datiert nicht erst seit der Revolution. Diese Unternehmervertretungen nahmen aber auch dementsprechend eine Kampfesstellung gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Landarbeiter ein. Bei der Beratung des Arbeitskammergesetzes erklärte z. B. der Führer des Bundes der Landwirte, daß es überhaupt keine Landarbeiter gäbe. Die Landarbeiter seien kein Stand für sich, denn man könne nicht unterscheiden, wo in der Landwirtschaft der Arbeiter aufhöre, nur Lohnempfänger zu sein, und wo der Unternehmer beginne. Der größte Teil der Landarbeiter sei nebenher in seinem eigenen Betriebe als landwirtschaftlicher Produzent tätig und habe deshalb die gleichen Interessen wie der Nur-Landwirt.

Gegenüber dieser Behauptung empfiehlt sich der Hinweis auf die Ergebnisse der letzten Berufszählung von 1907. Die Zahl der in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen betrug damals insgesamt 15 169 549. Darunter waren 2 929 498 Betriebsinhaber. An Familienangehörigen, die ständig mitarbeiteten, wurden 4 680 485 gezählt; an Familienangehörigen, die nur vorübergehend mitarbeiteten, 3 011 630. Fremde Arbeitskräfte — das sind die eigentlichen Lohnarbeiter — gab es einschließlich der Angestellten 4 547 941. Von diesen rund 4½ Millionen Arbeitern haben im eigenen Betriebe eigenes, gepachtetes oder vom Arbeitgeber zur Verfügung gestelltes Deputatland bewirtschaftet 579 500. Diese Arbeiterbetriebe haben aber nur insgesamt 1,2 v. H. der landwirtschaftlich benutzten Fläche des Deutschen Reiches bewirtschaftet.

Es ist mithin falsch, es so darzustellen, als gäbe es auf dem Lande keine eigentlichen Proletarier. Die landwirtschaftlichen Unternehmer und deren Wortführer sollten sich lieber mit der Tatsache abfinden, daß die Landarbeiter ebenso wie die Industriearbeiter eine Klasse für sich und demgemäß in eigenen Organisationen ihre Arbeiterinteressen vertreten wollen und müssen. Aus sehr durchsichtigen Gründen suchen die Landwirte die Landarbeiter mit in ihre Organisation hineinzuziehen, namentlich in die sogenannten Landbünde. Durch eine Scheinvertretung der Arbeiter in diesen Organisationen möchte man die Arbeiterfrage für die Landwirtschaft erledigen. Darum hat man den Abschluß von Tarifverträgen noch immer nicht so gefördert, wie es zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion schon längst hätte geschehen müssen.

Aber der Geist der neuen Zeit ist an der Landarbeiterschaft nicht spurlos vorübergegangen. Das sollte man sich in den agrarischen Kreisen klarmachen, wenn es auch, wie wir sehr gut begreifen, schwer fällt. Es wäre durchaus nicht verwunderlich, wenn die Landarbeiterschaft nach allzu langer Verweigerung gleicher Rechte und nach allzu häufiger harter Unterdrückung jetzt ihr Koalitionsrecht noch energischer gebrauchte, als sie es wirklich tut. Die Landarbeiterschaft ist aber auch heute noch zur Verständigung bereit. Nur will sie ihre eigenen Angelegenheiten in ihren eigenen gewerkschaftlichen Organisationen erledigen. Sie will nicht länger von den Arbeitgebern am Gängelbande geführt werden.

Auch diejenigen Kreise innerhalb der landwirtschaftlichen Berufsvertretung, die heute noch auf dem Standpunkt stehen, daß weder Arbeitnehmer- noch Arbeitgeberorganisationen der Landwirtschaft zuträglich seien, werden einsehen müssen, daß die Entwicklung der Landarbeitergewerkschaften ein naturgemäßer Vorgang und nicht aufzuhalten ist. In Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt, werden die beiderseitigen Organisationen, die sich in allen anderen Fragen ihre volle Selbstständigkeit bewahren müssen, sehr vorteilhaft bei der Neugestaltung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung zusammenwirken. Für diese volkswirtschaftlichen Fragen den landwirtschaftlichen Arbeiterstand zu interessieren, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Aber Voraussetzung dieser gesunden Entwicklung ist immer, daß der landwirtschaftliche Arbeiter als freier und gleichberechtigter Partner im Wirtschaftsprozeß anerkannt wird.

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

Der Gewerkschaftskongreß beschäftigte sich in seinen weiteren Verhandlungen mit der von den Entente-Regierungen in Aussicht genommenen Arbeiterkonferenz in Washington. Hierzu unterbreitet die Kommission folgende Resolution:

Die Konferenz des internationalen Gewerkschaftsbundes, die sich aus den Vertretern Deutschlands, Englands, Oesterreichs, Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Spaniens, Hollands, Luxemburgs, Norwegens, Schwedens, der Schweiz und der Tschecho-Slowakei zusammensetzt, gibt ihrem tiefsten Bedauern darüber Ausdruck, daß das Arbeitsprogramm so gut wie in keinem Punkte dem in Berlin im Februar 1919 durch die gewerkschaftlichen Organisationen der hauptsächlichsten Länder Europas aufgestellten Forderungen entspricht, sie gibt jedoch zu, daß dieses Programm die Grundlage eines Bundes werden könnte, der nicht nur ein Bund der Regierungen, sondern ein Bund der Völker ist. Aus diesem Grunde erklärt sie sich bereit, der Konferenz, die in Washington stattfinden soll, ihre Mitarbeit zu verleihen. Unter der Bedingung, 1. daß zur Konferenz als Gleichberechtigte eingeladen und zugelassen werden die Vertreter der gewerkschaftlichen Bewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahme, 2. daß als Vertreter der Arbeiterschaft die von dem internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Landeszentralen bekanntgegebenen Delegierten anerkannt werden. Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden, so werden die bei der heutigen Konferenz vertretenen gewerkschaftlichen Landeszentralen verpflichtet sein, an der Washingtoner Konferenz sich nicht zu beteiligen. Die internationale Konferenz in Amsterdam erklärt des weiteren, daß in diesem Falle ihre Delegierten die Pflicht haben, energisch einzutreten dafür, 1. daß das Berner Programm als das Arbeitsabkommen angenommen werden soll, 2. daß in den Delegationen eines jeden Landes die Vertretung der Regierung nur aus einem Mitglied bestehen, wie dies für die Arbeiter und Unternehmer der Fall ist, 3. daß die Beschlüsse der Konferenz gültig sind, wenn sie mit absoluter Mehrheit gefaßt werden, d. h. eine Stimme mehr als die Hälfte und nicht mit ⅔-Mehrheit. Die internationale Gewerkschaftskonferenz erklärt, daß diese Beschlüsse für alle in Amsterdam vertretenen Landeszentralen bindend seien.

Hierauf wurde die von der zweiten Kommission unterbreitete Resolution beraten. In dieser Resolution wird zum Ausdruck gebracht, daß der internationale Gewerkschaftskongreß in Amsterdam die Paragraphen der Arbeitergesetzgebung, die in den Friedensvertrag aufgenommen wurden, nicht als Ausdruck der Forderung der Arbeiterklasse aller Länder anerkennen kann. Hierauf wurden die Unterschiede, die zwischen den Paragraphen des Arbeitsabkommens im Friedensvertrag und dem von dem internationalen Gewerkschaftsorganisationen gebilligten Berner Programm vom Februar 1919 bestehe, dargelegt. Diese Unterschiede betreffen:

1. Die Arbeit von Kindern und Jugendlichen.
2. Frauenarbeit.

Hierbei wird bemerkt die Tatsache, daß diese Fragen erst dem Internationalen Kongreß in Washington vorgelegt werden soll, beweist, daß das Berner Programm nicht beachtet worden ist.

3. Den Achtstundentag, 4. die Herabsetzung der wöchentlich ununterbrochenen Ruhezeit von mindestens 30 Stunden auf 24 Stunden im Friedensvertrag, 5. Heimindustrie, 6. das Vereinsrecht, 7. Arbeit von Ausländern, wobei bemerkt wird, daß der Friedensvertrag über die von der Berner Konferenz geforderte Aufhebung der die Einwanderung verbietenden Bestimmungen schweigt.

Dr. Dortens gelbe Rheinrepublik.

Die Sozialistische Korrespondenz schreibt:

In unsere Hand ist der folgende Brief gelangt, der auf die Hintermänner des Landesverräters Dr. Dorten ein helles Licht wirft:

Deutscher Arbeiter
Wochenschrift des Deutschen Arbeiterbundes für die Bezirke Mittel- und Süddeutschlands,
Schloßstraße 117.

Abs. Referendar Karl Goez, Frankfurt a. M.,
Mylusstraße 48.

Frankfurt a. M., den 18. 7. 19.

Sr. Exzellenz
Herrn Präsidenten der Rheinischen Republik
Herrn Dr. Dorten
durch Boten!

Hochzuverehrender Herr Präsident!

In dem Wunsche, den irreführenden Aeußerungen sozialistischer und nationalistischer Blätter mit einwandfreien Berichten entgegenzutreten, gestatte ich mir, die ergebene, persönliche Bitte einer Unterredung mit Ew. Exzellenz herbeizuführen, insoweit Ihr Einverständnis gegeben wird, werden wir in der von mir mitgeleiten Wochenschrift Der deutsche Arbeiter, welche über einen Leserkreis von 20 000 Abonnenten in Arbeiter- und Angestelltenkreisen verfügt, die Ergebnisse in geeigneter Form veröffentlichen. Unsere Zeitschrift bekämpft die Irrlehren der Sozialdemokratie und ist bestrebt, die Erkenntnis zu verbreiten, daß nicht eine unehrliche Vertröstung auf Weltrevolution, sondern nur ehrliche Arbeit auf der Grundlage eines friedlichen Einvernehmens zwischen Unternehmern und Arbeitern und unter Wahrung der wohlverstandenen beiderseitigen Interessen einen Wiederaufbau gewährleistet. Wir begrüßen jeden, der eine starke und gerechte Staatsgewalt zu schaffen unternimmt. Wir glauben, daß den Bestrebungen Ew. Exzellenz eine weitreichende Bedeutung zukommt, als diejenige, welche nur die Dinge an der Oberfläche sehen, zugestehen wollen. Uns scheint deshalb eine beiderseitige Fühlungnahme erwünscht. Trotz des unerhörten roten Terrors gelang es uns in den letzten Monaten rund 40 000 Mitglieder um unsere Fahne zu sammeln. Immer mehr wenden die ruhigen und denkenden Arbeiter von den Modetorheiten der deutschen Politik sich ab. Ich darf einer Antwort durch Vermittlung des französischen Abschnittsoffiziers oder einer sonstigen Vertrauensperson an meine obige Adresse erwarten. Um Mißdeutungen zu begegnen, werde ich erforderlichenfalls verlauten lassen, daß es sich um eine Sache aus meiner Amtszeit bei der Kreisdirektion Metz handele, bei der ich über ein Jahr als Dezernent für Wohlfahrtspflege usw. tätig war.

Dieses Schreiben wollen Sie vorsichtshalber sofort nach Kenntnisnahme vernichten!

Mit schuldiger Hochachtung
Ew. Exzellenz ergebener gez. Karl Goez,
Referendar,
zweiter Redakteur am Deutschen Arbeiter.

Es ist also das kleine Häuflein von Natur gelber Arbeiter, das auch nach der Revolution noch glaubt, mit dem Verrat ihrer Arbeitskollegen gute Geschäfte machen zu können, welches sich um die Pläne der Gründung der rheinischen Republik schart. Die meisten Gelben sind ja inzwischen Kommunisten geworden, aber der Rest kämpft unter Dr. Dortens Banner. Wir empfehlen die gelbe Fahne des Arbeiterverrats als Flagge der rheinischen Republik.

Die Arbeiterklasse der Rheinlande aber wird nunmehr wissen, daß die Hauptsache bei ihrem edlen Streben nach Unabhängigkeit der Rheinlande die Niederhaltung der Arbeiterbewegung am Rhein ist. Schon bisher die Vorkämpfer des bedrohten Deutschtums am Rhein, werden sie in Zukunft mit doppeltem Eifer für die deutsche Republik kämpfen — gegen die schwarzen und gelben Landesverräter.

Notizen.

Frankreich ratifiziert den Frieden.

Der Friedensausschuß der französischen Kammer ratifizierte Sonnabend nachmittag den Friedensvertrag mit 35 gegen eine Stimme (Abg. Marin) und 2 Stimmenthaltungen. Der Friedensausschuß besteht aus 60 Mitgliedern.

*

Frankfurt a. M. Auf der Fahrt vom Hamburg nach Frankfurt wurde einem Mitgliede der Waffenstillstandskommission in dem überfüllten D-Zug von einem mitreisenden Soldaten ein Handkoffer gestohlen, der außer Formularen mit dem Stempel der Waffenstillstandskommission wichtige Papiere und Dokumente von Abmachungen und Rücklieferungen von Maschinen an Belgien und Frankreich enthalten. Einem mitreisenden Mitgliede der Reichsverwertungskommission wurde von demselben Täter die Brieftasche mit Inhalt gestohlen. Vom Täter fehlt jede Spur.

Gewerkschaftliches.

Allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen.

Berlin, 29. Juli. (W. T. B.) Dem Reichsarbeitsministerium sind in letzter Zeit mehrfach Beschwerden wegen zu langsamer Erledigung von Anträgen auf allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen zugegangen. Die Beschwerdeführer sind scheinbar vielfach der Ansicht, es handle sich bei der Verbindlicherklärung nur um eine Formalität, die binnen wenigen Tagen erledigt werden könnte. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verbindlicherklärung von Tarifverträgen ist eine Maßregel von so einschneidender rechtlicher und wirtschaftlicher Bedeutung, daß ihre unvorsichtige Handhabung die bedenklichsten Folgen zeitigen könnte. Regelmäßig werden die Tarifverträge nur von einem Teile der Beteiligten und häufig gerade von dem wirtschaftlich stärksten Teile abgeschlossen. Die am Abschluß Beteiligten nehmen naturgemäß in erster Linie auf ihre eigenen Interessen Rücksicht, was ja insofern berechtigt erscheint, als der Tarifvertrag zunächst lediglich für sie selbst verbindliche Kraft besitzt. Soll der von ihnen vereinbarte Tarifvertrag nun aber zwangsweise auf den ganzen Berufskreis erstreckt werden, so muß auch den Verhältnissen der am Vertragsschluß nicht beteiligten Kreise Rechnung getragen werden, wenn nicht ganze Industriezweige zum Schaden der Allgemeinheit lahmgelegt werden sollen. Das Reichsarbeitsministerium muß daher, bevor es seine Entscheidung trifft, in eine eingehende sachliche Prüfung des Vertrages und der wirtschaftlichen Folgen seiner allgemeinen Verbindlichkeit eintreten und namentlich die oft recht zahlreichen Einwendungen auf ihre Berechtigung prüfen. Dabei müssen auch die mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten sachkundigen Stellen gebührend zu Wort kommen. So notwendig auf der einen Seite eine möglichste Beschleunigung des Verfahrens erscheint, so wichtig ist auf der anderen Seite die Zuverlässigkeit der Prüfung. Die Beteiligten können aber ihrerseits erheblich zu einer schnellen Erledigung ihrer Anträge beitragen, wenn sie beim Abschluß der Tarifverträge und bei der Antragstellung folgende Gesichtspunkte beachten:

1. Die Erhebungen von Einwendungen können dadurch vermieden werden, daß an den Tarifvertragsverhandlungen von vornherein alle Verbände beteiligt werden, die mit einer erheblichen Mitgliederzahl interessiert und ernstlich zu Verhandlungen bereit sind.
2. In den Tarifverträgen muß der berufliche und der räumliche Geltungsbereich so klar umschrieben werden, daß Zweifel über die Anwendbarkeit des Vertrages nicht entstehen können.
3. Der Antrag auf allgemeine Verbindlichkeit soll möglichst von allen beteiligten Verbänden gemeinsam gestellt werden.
4. Dem Antrag muß die Urschrift oder eine amtlich beglaubigte Abschrift des Tarifvertrages mit sämtlichen etwa später vereinbarten Aenderungen oder Ergänzungen beigefügt werden. Die Beifügung einer Anzahl weiterer einfacher Abschriften ist empfehlenswert.
5. Die Prüfung des Reichsarbeitsministeriums erstreckt sich namentlich auch auf die Frage, ob der Tarifvertrag in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen besitzt. Diese Prüfung wird beschleunigt, wenn die Parteien sofort Unterlagen überreichen, die eine Beurteilung dieser Frage gestatten. Es kommen hierbei z. B. gutachtliche Aeußerungen von Gemeindebehörden, Handelskammern oder Gewerbe-

Germinal.

Roman von Emile Zola.

(Fortsetzung.)

Maheu nahm seinen schweren Gang von einer Mauer zur andern wieder auf, wutend wie ein zu Tode getroffener Hase. Vater Bonnemort fabelte und starrte auf seinen Stock, ohne auch nur den Kopf zu heben. Auch Alzire sagte nichts und beherrschte sich, um nicht zu zittern und ihre Eltern dadurch nicht zu betrüben. Aber trotz ihres Mutes zitterte sie von Zeit zu Zeit so stark, daß man das Beben ihres mageren, gebrechlichen Körpers unter der Decke wahrnehmen konnte, während sie mit ihren großen, offenen Augen an der Zimmerdecke den fadenscheinigen Bilderschein der weißen Gärten betrachtete, welcher die Stube wie ein Mondschein beleuchtete.

Es war der letzte Todeskampf; das Haus war vollständig leer. Der äußerste Rest entbehrlicher Kleinigkeiten, nachdem sie die Wolle der Matratzen zur Trödlerin getragen, hatten sie die Dielenbretter hinabgetragen; dann folgte die Wäsche und alles, was nur veräußerlich war. Eines Abends hatte man ein Schnurbett des Großvaters um zwei Sous verkauft. Tränen wurden vergossen, so oft man sich von einem Stück Hausrat trennen mußte; die Mutter jammerte noch immer, weil sie eines Tages genötigt war, in ihrer Schürze die Schachtel von rote Kartoffeln — das einzige Geschenk ihres Mannes — wegzutragen, wie man ein Kind wegtragen würde, um sich beseitigen unter einem Hausflur zu entledigen. Sie waren nackt; sie hatten nichts mehr zu verkaufen, als ihre Haut und auch diese war schon so erbärmlich elend, daß kein Mensch einen Heller dafür geben haben würde. Sie gaben sich denn auch keine Mühe mehr, etwas zu hoffen, sie wußten, daß es nichts mehr gebe, daß alles zu Ende sei, daß sie weder eine Kerze hoffen konnten, noch ein Stück Kohle, noch eine Kartoffel; und sie erwarteten den Tod und es kümmerte sie nur wenig der Hunger; sie waren empört wegen der unreinen Krankheiten, eine Krankheit über die Kleine gebracht zu haben, ehe sie sie erdrosselten.

„Endlich ist er da!" sagte Frau Maheu.

Ein schwarzer Schatten huschte am Fenster vorüber. Die Tür wurde geöffnet. Aber es war nicht der Doktor Vanderbeghem; sie erkannten den neuen Pfarrer Abbé Rasseneur, der nicht überrascht schien, das Haus so leer zu finden, ohne Licht, ohne Feuer, ohne Brot. Er kam schon aus drei Nachbarhäusern, ging von Familie zu Familie, um bereitwillige Arbeiter anzuwerben, mit Taschenbuch mit seinen Gendarmen es war er erklärte sich denn auch solchen mit seiner fieberhaft erregten Sektierer-Stimme.

„Warum seid Ihr am Sonntag nicht zur Messe gekommen, meine Kinder? Ihr habt Unrecht! Die Kirche allein kann Euch retten . . . Versprechet mir, am nächsten Sonntag zu kommen."

Maheu schaute ihn an und setzte langsamen schweren Gang wieder fort, ohne ein Wort zu sagen. Sein Weib antwortete dem Priester.

„Zur Messe, Herr Pfarrer? Wozu denn? Der liebe Gott kümmert sich wenig um uns. Was hat meine Kleine ihm getan, daß sie von Fieberschauern geschüttelt wird? Wir hatten noch nicht genug des Elends; er muß mir sie krank machen zu einer Zeit, da ich ihr nicht eine warme Brühe geben kann.

Der Priester blieb vor ihnen stehen und hielt eine lange Kanzel an sie. Er beweinte den Streik aus, dieses furchtbare Elend, diese erbitterte Rache des Hungers; er sah klar mit dem Eifer eines Missionärs, der um des Ruhmes der Religion willen den Wilden predigt. Er sagte, die Kirche sei mit den Armen, sie werde eines Tages die Gerechtigkeit zum Siege führen, den Zorn Gottes über die Ungerechtigkeiten der Reichen bringen. Und im Walde werde dieser Tag leuchten; denn die Reichen haben sich an die Stelle Gottes gesetzt, regierten ohne Gott, nachdem sie in gottloser Weise die Macht an sich gerissen. Allein, wenn die Arbeiter eine gerechte Teilung der irdischen Güter wollten, mußten sie sich zugleich den Priestern anheimgeben, gleichwie bei dem Tode Hilfe die Kleinen und Demütigen sich um die Kanzel scharten. Welche Macht würde der Papst haben, über welches Heer würde die Geistlichkeit verfügen, wenn sie die ungeheure Menge der Arbeiter beständigen würde! In einer Woche würde man die Welt von den Bösewichtern säubern, die unwürdigen Herren verjagen; es wäre endlich das wahre Reich Gottes; jeder würde nach seinen Verdiensten belohnt werden; das Gesetz der Arbeit würde die allgemeine Wohlfahrt regeln.

Frau Maheu, die ihm zuhörte, glaubte Etienne zu hören, wenn er ihnen an den August-Abenden das Ende ihres Elends ankündigte. Allein, sie hatte gegen die Kutten der Geistlichen stets ein gewisses Mißtrauen gehabt.

„Was Sie uns da erzählen, ist sehr schön, Herr Pfarrer," sagte sie. „Aber sind Sie denn nicht mehr in Uebereinstimmung mit den Spießbürgern? . . . Alle unseren früheren Pfarrer speisten auf der Direktion und drohten uns mit dem Teufel, wenn wir Brot verlangten."

Er begann von neuem und sprach von dem beklagenswerten Mißverständnis zwischen der Kirche und dem Volke. Jetzt zog er in verhüllten Sätzen gegen die sächsischen Pfarrer, gegen die Bischöfe los, die nur den Genüssen und der Herrschsucht lebten, in ihrer Verblendung und in ihrem Schwachsinn mit dem liberalen Bürgertum paktierten und nicht sehen, daß eben dieses Bürgertum es ist, welches die Geistlichkeit ihrer Herrschaft über die Welt beraubt. Die Erlösung wird von den Landgeistlichen kommen: sie alle werden sich erheben, um mit Hilfe der Armen und Elenden das Reich Christi wieder herzustellen; und er schien schon an ihrer Seite zu stehen: er richtete seine knochige Gestalt auf, als Anführer, als Revolutionär des Evangeliums, die Augen von einem solchen Lichte erfüllt, daß sie die dunkle Stube erhellten; diese feuereifrige Predigt riß ihn fort, daß er sich in mystischen Worten erging. Diese armen Leute verstanden ihn längst nicht mehr.

„Es ist unnütz, so viele Worte zu machen," brummte Maheu plötzlich; „Sie hätten besser damit angefangen, uns ein Brot zu bringen."

„Kommt Sonntag zur Messe!" rief der Priester. „Gott wird für alles sorgen."

Und er ging. Er trat bei den Lerugue ein, um diese zu belehren, so hochfahrend in seinem Traum von dem schließlichen Triumph der Kirche, mit einer solchen Mißachtung der Tatsachen, daß er in dieser Weise die Dörfer durcheilte, ohne Almosen, mit leeren Händen durch die Reihen dieser Armen des Hungers ziehend, selbst ein armer Teufel, der die Leiden als einen Ansporn zum Heil betrachtete.

Maheu ging noch immer in der Stube auf und ab; man hörte nichts, als seine schweren Tritte, unter welchen die Quadern erzitterten. Jetzt vernahm man ein Geräusch, wie von einem rostigen Brunnenschwengel: der alte Bonnemort spie in den kalten Kamin. Dann begann wieder die Kadenz der Tritte. Alzire war infolge des Fiebers eingeschlafen und delirierte still; sie lachte in dem Glauben, daß warm sei und daß sie im Sonnenschein spiele.

„Nun glüht sie in Fieberhitze," murmelte die Maheu, indem sie dem Kinde die Wangen befühlte. „Ich erwarte dieses Schwein nicht mehr; die Räuber werden ihm verboten haben zu kommen."

Sie sprach von dem Arzte und von der Gesellschaft. Dennoch stieß sie einen Freudenruf aus, als sie wieder die Tür aufgehen sah. Aber ihre Arme sanken herab; sie blieb mit düsterem Antlitze aufrecht stehen.

„Guten Abend," sagte Etienne halblaut, nachdem er die Türe sorgfältig geschlossen.

Oft kam er so, unter dem Schutze des nächtlichen Dunkels. Die Maheu hatten schon am zweiten Tage Kenntnis von seinem Schlupfwinkel erlangt. Aber sie bewahrten das Geheimnis; niemand im Dorfe wußte, was aus dem jungen Manne geworden. Dieses Geheimnis umgab ihn wie eine Legende. Man fuhr fort an ihn zu glauben; geheimnisvolle Gerüchte waren im Umlauf. Er werde mit einer Armee und mit goldgefüllten Kassen erscheinen. Es war noch immer die inbrünstige Erwartung eines Wunders, das zur Wirklichkeit gewordene Ideal, der plötzliche Einzug in die Stadt der Gerechtigkeit, die er ihnen verheißen hatte. Die einen behaupteten, sie hätten ihn in einer Kutsche, in Gesellschaft von drei Herren, auf der Straße von Marchiennes fahren gesehen; andere versicherten, er habe nur noch zwei Tage in England zu bleiben. Aber mit der Zeit kam das Mißtrauen; einzelne Spaßvögel beschuldigten ihn, daß er sich in einem Keller verborgen halte, wo die Maitresse ihm warm macht; denn dieses sein Verhält-

inspektionen, Vorlage von Mitgliederverzeichnissen und ähnliche Nachweise in Frage.

Der Landarbeiterstreik in Oldenburg.

Wie die „P. P. N." erfahren, sind auch im Oldenburgischen, wie in allen anderen Teilen Deutschlands, Bestrebungen zum Abschluß eines Tarifvertrages mit den Landarbeitern im Gange.

Lokales.

Die Bezirksversammlungen

am Dienstag abend befassen sich mit sehr wichtigen Parteiangelegenheiten. Nicht mit der Zahlung der Beiträge allein ist der Parteipflicht genüge getan, sondern tätige Anteilnahme am Parteileben ist Voraussetzung für die notwendigen Erfolge.

Fehle daher keiner, der es mit seiner Parteizugehörigkeit ernst nimmt.

Der erste Parteitag.

Wenn sich einst der Chronist finden wird, der es unternimmt, die Geschichte der Sozialdemokratie im Freistaat Danzig zu schreiben, so wird er eingehend verweilen müssen an dem 3. August 1919. Das ist der Geburtstag der jungen Organisation. An dem Tage hat die Danziger Arbeiterschaft den Grundstein gelegt zu dem Wall, den sie den kapitalistisch-eigennützigen Bestrebungen entgegensetzen will, die dem Freistaatgebilde drohen. Als erste der politischen Parteien hat die Sozialdemokratie sich die eigene Körperschaft im neuen Staatswesens geschaffen. Wir dürfen stolz sein deshalb. Wir müssen bestrebt sein, immer die Initiative im politischen Leben Danzigs zu haben. Gelingt uns das, dann kommt Licht auch in die dunkelste Zukunft. Glückauf alle zum begonnenen Werk!

*

Anwesend sind 86 Teilnehmer am Parteitag, von denen 71 Delegierte der verschiedenen zum Freistaat fallenden Kreise, 10 Vertreter des Verfassungsausschusses, 3 Vertreter des Bezirksvorstandes und 2 Vertreter der „Volkswacht" sind. Den Vorsitz hat Genosse Gehl, der zum 1. Punkt der Tagesordnung — der Parteiorganisation im Freistaat Danzig — das Wort ergreift.

Er führt aus, daß die Warschauer Regierung es gewiß nicht dulden wird, daß unsere Bezirksorganisation in der bisherigen Weise weiter der deutschen Sozialdemokratie angeschlossen bleibt. Wir sind also gezwungen, uns auf eigene Füße zu stellen. Die politische Zukunft Danzigs liegt soweit klar, als wir wissen, daß der Freistaat dem Schutz des Völkerbundes unterstellt und in seiner äußeren Politik durch Polen vertreten wird. Die endgültige Verfassung wird der Oberkommissar der Entente gemeinsam mit den ernannten Vertretern der Bürgerschaft geben. Die wirtschaftliche Zukunft ist noch sehr unbestimmt. Für Handel und Verkehr ist wohl ein Aufschwung zu erwarten, dagegen wird die Lage für die Industriearbeiter nicht gerade günstig sein. Es wird unsere Aufgabe sein, darauf hinzudrängen, daß die Staatsbetriebe an den Freistaat fallen und daß wir sie dann schleunigst zur Friedensproduktion überleiten, damit wir unseren Arbeitern das Brot sichern. Allerdings dürfen wir den Mangel an Rohstoffen nicht verkennen. Mit unserer Kohlenversorgung sind wir von dem Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien abhängig. Jedoch bestehen Aussichten, daß Oberschlesien deutsch bleibt. Dann werden wir wohl unsere Kohlen von dort beziehen. Andernfalls kommt England als Lieferant für uns in Frage. Die Ernährungsfrage ist nach den Ausführungen Dr. Grünspans im Verfassungsausschuß als gelöst zu betrachten. Die Renten für Kriegsbeschädigte und Hinterliebenen werden ungeheure Mittel verschlingen. Das wird bedingen, daß die Steuerschraube noch fester angezogen wird, als es bisher schon geschieht. Die Regelung all dieser Fragen wird aber den Körperschaften vorbehalten bleiben, die dafür in Frage kommen.

Um all diesen Aufgaben gewachsen zu sein, muß die Partei schlagkräftig sein. Wir müssen deshalb danach streben, die bestehenden Ortsvereine auszubauen und neue zu schaffen. Wir haben augenblicklich an 100 verschiedenen Orten 87 Ortsvereine bzw. einzelne Gruppen mit 8630 Mitgliedern. Bildungs- und Aufklärungsarbeit, wozu uns unsere Presse gute Dienste leisten wird, verlangen unser Hauptaugenmerk. Für die Jugendorganisationen ist im weitgehendsten Maße zu sorgen. Wenn wir auch im Freistaat keine einheitliche sozialdemokratische Organisation haben, so ist das allein Schuld der Unabhängigen. Es gilt für uns auch, Fühlung zu suchen mit den polnischen sozialdemokratischen Organisationen. Unser Ziel soll die sozialistische Völkerverbrüderung sein. Der sozialistische Gedanke läßt sich nicht töten.

Genosse Krüger berichtet dann über den Entwurf eines Statuts für die neu zu schaffende Landesorganisation. Das Statut sieht einen Landesvorstand von 9 Personen, eine Kontrollkommission, eine Pressekommission und das Parteiorgan vor. Die bisherigen Kreisvereine werden aufgelöst. Die Ortsvereine verkehren in Zukunft nur direkt mit dem Landesvorstand. Der Landesparteitag bildet die oberste Parteiinstanz. Hierzu sind zu wählen bis 300 Mitgliedern ein, bis 600 Mitgliedern zwei, bis 1000 Mitgliedern drei Delegierte, für jede weitere 500 Mitglieder ein weiterer Delegierter. Ortsvereine mit weniger als 300 Mitgliedern können zu Wahlbezirken zusammengelegt werden.

Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfg., das voll am Orte bleibt. Der wöchentliche Beitrag beträgt für männliche Mitglieder 20 Pfg., für weibliche Mitglieder 10 Pfg. Mindestens 75 Prozent aller erhobenen Mitgliederbeiträge sind an die Hauptkasse abzuführen.

Organ der Landespartei ist die „Volkswacht". Als Parteiprogramm anerkennt die Landesorganisation das Erfurter Programm nebst einem später zu beschließenden Aktionsprogramm.

Von den Ohraer Genossen wurde beantragt, es bei den bisherigen Kreisorganisationen zu belassen, wofür Genosse Walz plädierte. Der Antrag wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Genosse Bartels vom Hauptvorstand gab seiner Befriedigung über die gefaßten Beschlüsse Ausdruck und erklärte, daß die deutsche Organisation den Danzigern immer mit Rat und Tat bei Seite stehen wird.

Bei der Wahl ergab sich folgendes Bild: Parteivorstand: Vorsitzender Krüger, Kassierer Weber, ehrenamtliche Beisitzer Gehl, Brill, Walz, Klatt, Frau Malikowski, Effenberg und Grewe. Kontrollkommission: Revisoren Kaufmann, Rehberg und Jube. Beisitzer Reimer, Adam, G. Fango und Rudé. Die Wahl der Pressekommission wurde vorläufig zurückgestellt.

Nachdem Genosse Krüger noch über die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung referiert hatte, wurde ein Antrag angenommen, der vom Landesvorstand die Ausarbeitung der Kandidatenliste dafür verlangt und den endgültigen Beschluß auf den zu vertagenden Parteitag verlegt.

Eine Aussprache über einen von den Genossen Effenberg und Grewe eingebrachten und von Genossin Wohlgemuth begründeten Antrag, baldigst eine Frauenkonferenz einzuberufen, der auf Vorschlag des Genossen Gehl dem Landesvorstand überwiesen wurde, schloß den ersten Parteitag der Sozialdemokratie im Freistaat Danzig.

Die Wahrheit.

Die im „Freien Volk" erschienene teils unrichtige, teils übertriebene Darstellung über den vom städtischen Arbeitsamt nach dem rheinisch-westfälischen Kohlengebiet gesandten ersten Transport von Arbeitslosen veranlaßt den Magistrat zu folgender Richtigstellung:

Der hier am 27. Juli nach Recklinghausen abgegangene Sonderzug mit Arbeitslosen hatte seinen ersten Aufenthalt auf dem Dirschauer Bahnhof. Hier kam es zu Ausschreitungen einiger Teilnehmer an dem Transport. Sie eigneten sich in der Erfrischungshalle auf dem Bahnsteige Zigaretten und eine halbe Tonne Bier an. Bei dem Versuche der Bahnhofswache, die Schuldigen festzustellen und ihnen die entwendeten Gegenstände abzunehmen, kam es zu erregten Auftritten. Später machten sich bei dem Aufenthalt in Landsberg a. W. einige Teilnehmer das Vergnügen, von dem hochgelegenen Bahndamm Steine aus der Schotterung in die untenliegenden Straßenzüge zu werfen, wodurch die Passanten belästigt und Fensterscheiben zertrümmert wurden. Die Vorgänge in Dirschau und Landsberg gaben Anlaß zu weit übertriebenen Meldungen an den Vorstand des Schlesischen Bahnhofs in Berlin, der darauf Besetzung des Bahnsteigs mit Reichswehrtruppen veranlaßte. Dem transportführenden Stadtsekretär gelang es, den Führer der Truppen davon zu überzeugen, daß die nach Berlin gegebenen Meldungen stark übertrieben seien, worauf die Truppen sofort zurückgezogen wurden, ohne daß die zunächst geforderte Durchsuchung auf Waffen durchgeführt wurde. Auf dem Bahnhof in Minden kam es leider nochmals zu Ausschreitungen, bei denen Bier, Obst, Zigarren und Zigaretten und ein Kästchen mit Wechselgeld aus der Erfrischungshalle des Bahnhofes entwendet wurden. Trotz dieser Vorkommnisse muß anerkannt werden, daß der ganz überwiegende Teil der Transportteilnehmer sich von Ausschreitungen fernhielt. Nur einige wenige, denen an dem guten Ruf der Danziger Arbeiterschaft nicht viel gelegen war, beteiligten sich an den Uebergriffen. Das bedauerliche militärische Wachtaufgebot in Berlin erklärt sich lediglich dadurch, daß unglaublich übertriebene Gerüchte über die vorgekommenen Ausschreitungen nach Berlin gelangt sind.

Absolut unrichtig ist, daß unsere Arbeitslosen in Recklinghausen als Streikbrecher und Lohndrücker empfangen worden seien. Weder bestand oder besteht dort Streik, noch sind für die Zuwanderer die Arbeitsbedingungen anders als für die Tausende dort seit jeher beschäftigten Arbeitskollegen. Unwahr ist ferner, daß die hier über die Lohn-, Verpflegungs- und Unterkunftsverhältnisse gemachten Angaben sich an Ort und Stelle nicht als zutreffend erwiesen hätten. Die den Transport begleitenden Beamten haben sich darüber eingehend unterrichtet. Nachrichten der Arbeitslosen aus Recklinghausen an hiesige Angehörige bestätigen es falls, daß die Verhältnisse dort so wie angegeben liegen und daß die Ankömmlinge zufrieden sind, im Westen günstige und gesicherte Arbeitsgelegenheit gefunden zu haben. Einige Verheiratete lassen bereits ihre Familien nachkommen. Wenn einzelne Zurückgekehrte andere Angaben machen, so mögen sie besondere Gründe haben, ihre Rückkehr zu rechtfertigen. Vielleicht sind es solche Elemente, die, wie es leider vorgekommen ist, bereits in der ersten Nacht ihre Arbeitsstätte unter Mitnahme des Eigentums ihrer Arbeitskollegen verlassen haben. Mit ihnen und ihren Angaben wird unsere Danziger Arbeiterschaft nichts zu tun haben wollen.

Und die alten Arbeiter?

Ein alter Genosse von der Reichswerft sendet uns folgende Zuschrift, die wir den maßgebenden Stellen zur Beachtung empfehlen:

Wie man täglich in den Zeitungen liest, bemüht sich die Regierung um die Sicherstellung bezw. Pensionierung ihrer Beamten. Wie steht es denn mit uns alten Arbeitern der Reichswerft? Ein Auszug aus der Vorschrift für die Marinearbeiter-Unterstützungskasse der Arb.-Ord. sagt, daß Arbeiter, welche mindestens zehn Jahre ohne Unterbrechung bei der Marinebehörde beschäftigt gewesen sind, aber wegen Krankheit, Altersschwäche, Gebrechen oder Unfall nicht mehr bei der Marinebehörde weiter beschäftigt werden können, eine Unterstützung erhalten.

Was aber wird aus den alten Arbeitern geschehen, wenn die Werft geschlossen oder von einer anderen Macht übernommen wird? Können sie auch dann noch auf diese Unterstützung rechnen? Denn wenn Danzig erst vom Reich getrennt ist, können die über 60 Jahre alten Arbeiter wohl nicht mehr auf weitere Beschäftigung bei der Werft rechnen und sie wären an den Bettelstab gebracht. Sollte das aber der Dank des Reiches sein, den sie für langjährige treue Arbeitsleistung ernten? Wie gedenkt die Regierung ihre alten Arbeiter zu unterstützen. Der Unterstützungsfonds für die Marine-Arbeiter-Unterstützungskasse ist wohl noch vorhanden und wir haben den Wunsch, in gleicher Weise unterstützt zu werden, wie unsere anderen schon länger arbeitsunfähigen Kollegen. Man soll die alten Kollegen nicht in ein tieftrauriges, nie wiedergutzumachendes Elend stürzen. Wir ersuchen die Regierung, darauf hinwirken zu wollen, daß uns alten Arbeitern entweder unsere Unterstützung laufend weitergewährt wird oder daß wir mit einer einmaligen Unterstützung abgefunden werden.

Zeitungsboten und Zeitungsleser.

Die Zustellung fast sämtlicher Zeitungen geschieht durch die Zeitungsboten. Oberflächlich besehen, wird ein Uneingeweihter die Arbeit eines Zeitungsträgers sehr gering einschätzen. Dem ist jedoch bei weitem nicht so. Ein Verlag, der über einen guten, gewissenhaften Stamm von Zeitungsboten verfügt, kann sich glücklich schätzen. Scherereien seiner Abonnenten über unpünktliche Zustellung der Zeitung werden nur sehr selten vorkommen. Dieser gute Zustand der regelmäßigen Ueberbringung des Blattes wird dem Zeitungsverleger manchen Abonnenten erhalten und neu gewinnen.

Aber nicht nur die Zustellung, auch die Werbung neuer Abonnenten gehört zu den Aufgaben des Zeitungsboten. Er kann zu der Vermehrung der Abonnenten wesentlich beitragen. Kommt er doch fast in jedes Haus. Versteht er es, durch eine geschickte mündliche Anpreisung auf die Zeitung, die er austrägt, die Interessierten aufmerksam zu machen und immer wieder vorzusprechen, so wird in den meisten Fällen seine Mühe von Erfolg gekrönt werden. Promptheit und Zuverlässigkeit, das sind die wesentlichen Vorbedingungen eines jeden Unternehmens.

Nun noch ein Wort über die Abonnenten. Auch diese können zur schnellen Erledigung der so schweren Arbeit der Boten ein großes Stück beitragen. Dort, wo verschlossene Türen vorhanden sind, soll man den Boten nicht lange warten lassen, da er schnell weiter muß. Auch soll man mit der Zahlung des Abonnementsbetrages pünktlich sein. Der Betrag muß in den ersten Tagen des Monats bezahlt werden, da der Bote mit dem Verlag auch pünktlich abrechnen muß. Wenn von dieser Seite aus dem Austräger entgegengekommen wird, so wird es zur gegenseitigen Zufriedenheit wesentlich beitragen. Deshalb: Unterstützt den Boten in seiner mühevollen Arbeit!

Städtischer Fischverkauf.

Um der Bevölkerung Gelegenheit zu größerem Fischeinkauf zu geben, ruft der Magistrat in der heutigen Nummer unserer Zeitung die Marken J, K, L, M und N der Fischkarten N.-B. sowie J, K, L, M und N der Fischkarten zum Bezuge von je 1 Pfund frischen oder geräucherten Fischen auf. Daneben gilt noch die Marke H.

Richtpreise für Fische.

Der Magistrat gibt in der heutigen Nummer unserer Zeitung die Richtpreise bekannt, welche für den Kleinverkauf von Fischen von dem zuständigen Ausschuß festgesetzt sind.

Graupen.

Die Restbestände an Graupen dürfen die Kolonialwaren- und Mühlenwarengeschäfte bis auf weiteres markenfrei verkaufen. Weitere Graupen zum markenfreien Verkauf gibt die Verteilungsstelle, Langermarkt 30, an die Kolonialwaren- und Mühlenwarengeschäfte im Stadtbezirk Danzig und den benachbarten Landgemeinden, welche der Magistrat mit Mühlenerzeugnissen versorgt, ab.

Mg. **Aenderung der Preise für Kalbfleisch.** Durch Reichsbestimmung sind vom 28. Juli d. Js. die Stallhöchstpreise für Kälber von 80 auf 120 Mk. den Zentner erhöht worden. Daher wurde eine Aenderung der früheren Kleinhandelspreise nötig. In der heutigen Nummer werden die neuen Preise bekanntgemacht.

Mg. **Zur Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung der Fische** sendet uns der Magistrat folgende Zeitschrift: Die durch Anordnung von Berlin erfolgte Aufhebung der Beschlagnahme der Fische wird für Danzig möglicherweise eine Verschlechterung der Fischversorgung, namentlich hinsichtlich der Preise zur Folge haben. Der Magistrat wird bestrebt sein, einen Ausgleich zu schaffen. Es wird deshalb zunächst die Festsetzung von Richtpreisen für Fische erfolgen. Hierdurch soll verhindert werden, daß die Preise im freien Handel ins Ungemessene steigen, denn die Vorschriften zur Bekämpfung des Preiswuchers und des Kettenhandels bleiben nach wie vor bestehen. Ferner soll auch der Markenzwang vorläufig noch beibehalten werden. Bei Aufhebung des Markenzwanges würde zu befürchten sein, daß der Andrang zu den Fischverkaufsstellen derartig groß wird, daß eine ordnungsgemäße Abfertigung des Publikums nicht erfolgen kann. Endlich wird die Preisprüfungsstelle durch geeignete Organe die Preisbildung seitens der Händler überwachen und rücksichtslos gegen die Händler einschreiten, die einen übermäßigen Aufschlag auf die Ware nehmen. Wenn diese Maßnahmen nicht genügen, wird weiterhin durch Abschluß von Lieferungsverträgen, vielleicht auch durch Vornahme von Fischzügen im Auftrage des Magistrats für eine evtl. Senkung der Fischpreise gesorgt werden. Endlich ist der Magistrat dringend vorstellig geworden, daß für die Stadt Danzig die Fischeinfuhr aus dem Auslande freigegeben wird.

Besonnenheit. Dem Kaufmann Fast in der Langgasse war es gelungen, eine kleinere Menge Bohnenkaffee zu besorgen, den er zu dem jetzt ungewöhnlich billigen Preis von 6,60 Mk. für das Pfund abgab. Als am Sonnabend vormittag der Vorrat erschöpft war und der Verkauf eingestellt werden mußte, kam es zu recht unerfreulichen Szenen. Man drohte, die Fensterscheiben einzuschlagen.

Die Auftritte werden wohl ihre Ursache darin gehabt haben, daß wieder allerlei Gerüchte über Verschiebungen im Umlauf waren. Die Frauen aber sollten nicht gleich alle Gerüchte für bare Münze nehmen. Insbesondere müssen Ausschreitungen auf jeden Fall verhütet werden. Die Käufer schaden sich dadurch letzten Endes selbst. Denn kann man es einem Kaufmann verdenken, wenn er

---

nis war bekannt geworden und hatte ihm geschadet. Inmitten seiner Volkstümlichkeit war langsam eine Erkaltung gegen ihn eingetreten, es war das dumpfe Vorwärtsdrängen der Ueberzeugten, die von Verzweiflung ergriffen wurden und deren Zahl allmählich zunehmen mußte.

„Welch' ein Hundewetter!" fügte er hinzu. „Und bei Euch nichts Neues? Geht's immer schlecht und schlechter? Man hat mir gesagt, daß der kleine Négrel nach Belgien gegangen sei, um Leute aus dem Borinage anzuwerben. Wenn das wahr ist, sind wir verloren."

(Fortsetzung folgt.)

Siegesfeier.

In unserem französischen Bruderblatt, der „Humanité", schreibt Georges Chennevière seine Betrachtungen über die Pariser Siegesfeier nieder. Die Worte könnten genau so gut an die indifferenten Massen der vielen Deutschen gerichtet sein, die ja nach der Lage ein Hosianna oder ein Kreuzige schreien. Wir wollen sie darum unseren Lesern nicht vorenthalten.

Ein ekelhaft bitteres Gefühl erfaßt mich! Ich habe heute die Menge erkannt.

Es ist nicht die Menge, die die Bastille stürmte und zum ersten Male die Freiheit auf der Straße besang; es ist auch nicht die, die sittlich gefaßt dem Sarge von Zola oder Jaurès folgte; es ist auch nicht die, die beim Tode von Ferrer ihrer schweren Entrüstung unter dem Balkon der spanischen Gesandtschaft Ausdruck gab; es ist nicht einmal die, die am 2. August 1914 blindlings in den Tod rannte; es ist die rohe, urwüchsige Masse, die sich niemals wandelt, die Cäsar und Boulanger dienstbeflissen umwarb, die über Besiegte heult, Neger jagt und Juden massakriert; die Masse, die unterschiedslos ihre Helden unter Boxern, Ringkämpfern oder Offizieren sucht; die Masse, die Jesus verfluchte, Hus auf den Scheiterhaufen und Danton zur Guillotine schleppt; die Masse, die sich seit Jahrhunderten vor allen Tyrannen und Götzen in den Staub wirft.

Aus allen Winkeln der Stadt und der Provinz drängt sie herbei. Seit zwei Tagen hat sie nicht geschlafen. Die Nacht verbrachte sie im Zuge, auf dem Bahnhofe oder im Freien. Stundenlang hat sie am Bahnschalter oder vor der Elektrischen Polonaise gestanden. Sie hat die Blumenbeete zertrampelt, die Gehölzgruppen verwüstet, Aeste abgebrochen, den Boden mit abgerissenem Laube bedeckt, auf dem Rasen Lagerfeuer angezündet, die Champs-Elysées mit Urin benäßt, ein Karussell zerstört, und ist auf Bänke, Leitern, Bedürfnisanstalten, Masten, Bäume und Dächer gestiegen. Sie hat Plätze bezahlt und damit Handel getrieben, wobei sie in wenigen Minuten mehr Geld verdiente, als sie brauchte, um sich über das augenblickliche eigene Elend hinwegzusetzen. Sie hat vor Vergnügen geheult bei jedem Kanonenschuß, und als sie die wieder einmal durch Vergießen von Menschenblut geheiligte Armee vorüberziehen sah, war es ihr ein riesiger Genuß, und sie hat die Gewalt mit einem Beifall begrüßt, der in der Geschichte verzeichnet werden wird.

Denn das ist viel weniger der Sieg oder der Friede, den man feiert, als die Freude am Kriege und der Haß gegen die Besiegten.

Was kümmert diese Menge die Fadenscheinigkeit der Ausschmückung, das Aermliche der Sinnbilder, die falsche Pracht der Pforten, die bemalte Pappe, die Leere der Reden, das Nichtssagende der Musik! Sie verlangt nur Lärm und Farben als Zugaben zu dem eigenen Geschrei.

Alle Klassen sind vermischt: Arbeiter, Bauern, Spießer, Gesinde, Zuhälter, Dirnen, Beamte, Kaufleute; man sieht alte Veteranen, die an ihrem Rocke Kreuze und Medaillen tragen, und Militärs, die bedauern, daß sie nicht an der Parade teilnehmen können. Fragt sie einzeln: Es ist keiner darunter, der nicht selbst mehr oder weniger unter dem Kriege gelitten hat; nicht einer, der nicht einen Freund oder Verwandten verlor, nicht einer, der den Krieg nicht gestern verflucht und ihn morgen ausrotten wollte; nicht einer, der im stillen die Gewalt verwirft, der er soeben unbewußt huldigt. Aber heute ist jeder bei der Menge.

Man kann der Menge ihre Neugierde verzeihen, man kann ihr nach diesen Jahren der Furcht und der Trauer ihr physisches Bedürfnis nach Freude und Entspannung verzeihen, das sie treibt, jeden Takt, der an ihr Ohr schlägt, in Tanz umzusetzen; man könnte ihr selbst die Fähigkeit des Vergessens verzeihen, die aus dem dunklen Triebe der Art hervorgeht; aber alle, die für den wahren Frieden arbeiten, mögen diese Lehre nicht vergessen.

Die härteste Wahrheit ist immer heilsamer als die angenehmste Lüge und die schmeichelhafteste Hoffnung. Haben wir den Mut, die Wahrheit zu proklamieren. So zahlreich die Menge auch sein mag, die den Sieg heute feiert, sie ist doch geringer als die Zahl der Toten, und die Zukunft liegt dunkel vor uns. Solange ein Volk beim Vorbeiziehen von Truppen von Ergriffenheit erfaßt wird, sich am Klange der Trommeln und Trompeten berauscht, solange Menschen ihr höchstes Ziel in der Erringung eines Ruhmes erblicken, der vom Morde rührt, solange die Völker Heere brauchen, solange Soldaten, Leiden und Knechtschaft vergessend, bei der bloßen Berührung von Kolben und Säbelknauf fühlen, wie der Hochmut ihnen ins Gesicht steigt, die Beine sich straffen und die Brust sich schwellt, solange man dem Soldatentode eine heilige Pflicht beimißt, werden auch Kriege möglich sein, trotz aller Theorien, aller Anstrengungen und aller Hoffnungen.

Es ist die Menge, die den Krieg in sich birgt.

Ich bitte die, die diese Zeilen lesen, mir zu glauben, daß dieses Geständnis mir einige Tränen gekostet hat.

Reminiszenzen aus der Kriegsgefangenschaft.

Stacheldraht.

Ein tropischer Sonnentag. Auf der weiten Ebene flimmert das Licht. Die Umrisse der Landschaft verschwimmen vor dem Auge in flüssigen Hitzewellen. Jim, der Farmer, reitet fürbaß. Er hütet die Schafe, die in endlosen Scharen auf der halbverdorrten Steppe weiden. Immer wieder verlieren sie sich auf den benachbarten Ranches. Das verursacht viel Arbeit und Verdruß. Ein Drahtzaun? Jim hat es versucht, doch die Schafe trocken hindurch, vielleicht einem Lamm folgend, das spielend durchsprang. Dornenhecken? Unmöglich bei den großen Entfernungen. Eine Vereinigung beider? Jim, der Farmer, hat lange darüber nachgedacht. Und schließlich kam ihm der erlösende Gedanke: Der Stacheldraht wurde erfunden. Billig und praktisch.

Jim wurde nicht reich an seiner Erfindung. Das blieb einem späteren Geschlecht vorbehalten. Aber da war er. Er kroch vorwärts. Endlose Meilen. Seine fellzerreißende Eigenschaft erwarb ihm überall Freunde. Das Vieh respektierte ihn; viel Wolle wurde an ihm gelassen, bis die Erfahrung den Instinkt gebar, daß solcher Widerstand selbst für einen Ochsen zu stark war.

Welche Rolle der Stacheldraht im Kriege gespielt hat, wissen wir. Hunderttausende kämpften unter seinem Schutz. Dafür hatte ihn Jim, der Farmer, allerdings nicht erfunden. Er dachte an seine Herden, nicht an das Getümmel der Schlachtfelder. Aber selbst friedfertige Menschen sollten ihn kennen lernen. Auch sie müssen anscheinend unter gewissen Verhältnissen zusammengefaßt werden. Wieder griff man zum Stacheldraht. Und die Menschen, um die der Draht gespannt wird, verlieren ihres Wesens Eigenheit. Sie [illegible] auf das Niveau der Schafe herunter, für die der Stacheldraht ursprünglich geschaffen wurde. Kleiner werden ihre Interessen. In der Erfüllung der Bedürfnisse des Leibes sehen sie ihre einzige Befriedigung. Stumpfsinnig leben sie von einem Tag in den anderen. Herdenmäßig. Die pünktliche Wiederkehr des nicht erarbeitenden Mahles erzeugt Faulheit, die träge Verdauung unendliche Gereiztheit. Die Unterhaltung wird zum Geschwätz. Anfangs bleibt das Auge manchmal an den verhaßten Drahtzäunen hängen und die Wünsche streben ins Freie. Aber das verliert sich bald. Der Draht hat Stacheln, die schwer verletzen. Die Erinnerung an die Lieben daheim verblaßt. Nur zur Nachtzeit erwachen die schmerzenden Gedanken. Sorgen steigen auf, grau und schwer. Was geschieht mit uns nach dem Kriege? Was mit denen, für die zu sorgen unseres Lebens Freude war?

Langsam schleichen die Wochen in der Monotonie der erzwungenen Abgeschlossenheit. Wehe dem, der sich kein Interesse zu verschaffen wußte, der nicht arbeitet an sich oder mitarbeitet am allgemeinen Wohl!

Ueber uns aber ziehen die Wolken im tiefen Blau und Möven schweben im blauen Aether.

Stobsiade."

Stobs Camp, Schottland, 24. Oktober 1916.

aus solchen Erfahrungen davon absieht, billige Lebensmittel, die er heranschaffen könnte, anzukaufen?

Zu dem Fliegersturz in Neuschottland, über den wir schon berichteten, meldet das „Westpr. Volksbl.“: „ . . . Der Doppeldecker, ein Kampfflugzeug, scheint beim Absturz ziemlich unbeschädigt geblieben zu sein. Traurig ist es aber, daß es auch jetzt noch Leute gibt, die solche Gelegenheit wahrnehmen, um an der „Abrüstung“ unseres Heeres mitzuarbeiten. So fanden sich auch hier bald mehrere mit Werkzeugen versehene „Sozialarbeiter“ ein, die sofort mit dem Ausbau der Inneneinrichtung des Flugzeuges begannen.“

Ein Arbeitergesangverein „Vorwärts“ für die Genossen beider Richtungen aus Langenthal und Schellmühl ist vor kurzem gegründet worden. Es gehören ihm bereits über 30 Mitglieder an. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Felix Kaschubowski-Langenthal und zum Kassierer Genosse Michaelis-Schellmühl gewählt. Beide geben an Interessierte gerne nähere Auskünfte. Alle sangeskundigen Genossen sollten sich dem Verein anschließen.

Sammel Neufahrwasser. Als Täter ist noch der Arbeiter August Schmidt aus Neufahrwasser festgenommen worden.

Wegen Verbrechen gegen § 176, begangen an einem 10jährigen Mädchen in Schidlitz, sind die dort wohnenden Schüler Werner Lehmann und die Arbeitsburschen Willi Czocholewski, Wilh. Jorusski, Erich Packeisen und Bruno Hinz festgenommen.

Eine Marktdiebin. Einer in dürftigen Verhältnissen lebenden Arbeiterfrau wurde auf dem Markt ein Portemonnaie mit über 50 Mark und einem Burschen eine Brieftasche mit über 20 Mark Inhalt und mehreren Briefmarken gestohlen. Als Täterin wurde in beiden Fällen Frau Wilhelmine Funk, geb. Raczmarek, von den Bestohlenen wiedererkannt. Sie wurde noch in der Markthalle festgenommen. Frau Funk bestreitet die Tat.

Polizeibericht vom 3. und 4. August. Festgenommen 11 Personen, darunter: 1 wegen Landfriedensbruch, 1 wegen Taschendiebstahls, 6 wegen Diebstahls, 1 wegen Schleichhandels, 2 in Polizeihaft. Gefunden: 1 Darlehnskassenschein, 1 Portemonnaie mit etwas Geld, einer Briefmarke und diversen Papieren, 1 Herrenregenschirm, 1 gold. Halskette mit gold. Medaillon, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums; 1 Schubkarre und 2 Rollen Stacheldraht, abzuholen von Herrn Bürgerwehrmann Berneder vom 2. Polizeirevier Am brausenden Wasser. Zugelaufen: 1 junger Hahn, abzuholen von Herrn Oberaufseher Swantek, Karrenwall 6. Die Empfangsberechtigten wollen sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres im Fundbureau des Polizeipräsidiums in der Zeit von 9—1 Uhr vormittags bzw. bei den genannten Findern zu melden.

Wasserstandsnachrichten am 4. August 1919.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	+ 4,30	+ 4,26	Steckel	+ 4,68	+ 4,72
Fordon	+ 3,90	+ 4,07	Tiegenhof	+ 4,84	+ 4,84
Culm	+ 3,96	+ 4,00	Einlage	+ 3,62	+ 3,64
Graudenz	+ 3,91	+ 4,06	Schiewenhorst	+ 3,16	+ 3,20
Kurzebrack	+ 4,22	+ 4,32	Wolfsdorf	+ 0,30	+ 0,12
Montauerspitze	+ 4,49	+ 4,48	Anwachs	+ 0,94	+ —

Aus den Ostprovinzen.

Marienburg. Die bisher in der Munitionsfabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, ca. 100, sind unter Vorauszahlung von 14 Tagen Lohn entlassen worden.

Konitz. Der hiesige Arbeiterrat hat sich aufgelöst, da er seine Wirkungszeit als erledigt betrachtet.

Thorn. Aus dem D-Zuge gesprungen ist der 54 Jahre alte Johann Kopke aus Glaischemo, Kr. Briesen, der mit 8 andern Strafgefangenen von Thorn nach Nawitsch übergeführt werden sollte. Er wurde schwer verletzt an der Bahnstrecke aufgefunden und starb auf der nächsten Bahnstation.

Zoppoter Waldbühne.

Ludwigs Anzengruber „Kreuzelschreiber“.

Die durch die Verhältnisse mehrjährig stillgelegte Zoppoter Waldbühne ist nun wieder zum neuen Leben erwacht. Da unter den elf Freilichtbühnen, die ich bisher kennenlernte, sich die namhaftesten befinden, darf die unseres heimatlichen Zoppot bedingungslos als die in jeder Hinsicht wertvollste in Deutschland bezeichnet werden. Und auch gestern wieder zeigte sich ihr Hauptvorzug: die verblüffend günstige Akustik, bei der bis zum letzten Stehplatz hin vom gesprochenen Wort auch nicht ein Laut verlorengeht. Dem Gebot der Stunde folgend, war diesmal auf jene Großzügigkeit, an Personalaufwand, Bildkraft und Beleuchtungseffekten verzichtet worden, durch die in „alter Zeit“ jene in die letzten Tiefen der Seele hinabklangenden Erschütterungen erzielt worden waren, die man beispielsweise aus „Lobetanz“, „Hänsel und Gretel“, oder die einzigdastehende „Jedermann“-Aufführung mitnahm. Aber auch diese schlichte, liebenswürdige Bauernkomödie des großen Wiener Volksdramatikers ist deshalb nicht weniger ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Zoppoter Waldbühne. Der an diesem Platze so oft trefflich bewährte Paul Walther-Schöffer hat damit gezeigt, daß er auch mit beschränkten Mitteln zu arbeiten versteht. Und vor allem, daß sich aus dieser Gattung Kunst etwas machen läßt, was — in den Händen eines Künstlers allerdings — bereichert und bleibt. Das ist Volkskunst im besten Sinne. Hier liegen die Elemente zur künstlerischen Erziehung unserer durch Operettenkitsch und schlechten Film verbildeten Massen.

„Die Kreuzelschreiber“ (des Schreibens unkundig setzen die Bauern drei Kreuzchen statt ihres Namens) gehören neben dem „Vierten Gebot“ und dem Roman „Der Sternreinhof“ zu den Bollwerken der neueren österreichischen Literatur. In ihnen macht der Dichter Front gegen die Pfaffenwirtschaft der katholischen Kirche, die sich schamlos in die intimsten Familienverhältnisse mischt. Die Bauern eines steirischen (nicht bayerischen, wie der Theaterzettel sagte) Städtchens haben dem gegen die Unfehlbarkeit des Papstes eifernden Professor Döllinger eine Ergebenheitsadresse geschickt, wofür auf Geheiß des dörflichen Beichtvaters die Weiber den Männern das Ehebett vorenthalten, bis diese eine Bußfahrt nach Rom gemacht. Der Steinklopferhans aber, ein Dorfschalk, erfindet die List, die Männer dieser Fahrt in Gesellschaft netter Dirnen machen zu lassen. Da kommt das Blut der Weiber in Wallung und bringt sie zur Vernunft.

Es läßt sich an dem Stück literarisch mancherlei aussetzen, insonderheit an der Hauptfigur des reichlich lehrhaften und etwas süßlichen Steinklopfers. Doch man geht darüber hinweg und freut sich der derben Kraft, die das Ganze atmet, des Erdgeruches, der ihm entströmt, und vor allem des lauteren, urwüchsigen Humors.

Aus der Darstellung ragte die Figur des Dorfphilosophen, die Walther-Schöffer hervorragend in Spiel und Gesang gab, hervor und erzielte wiederholt Applaus in der Szene. Einen trefflichen Huberbauern stellte aber auch Erich Raventos hin, launig, frisch, voll Saft und Kraft. Ihm ebenbürtig zur Seite stand Gertrud Burg als seine Gattin. Sodann gab es noch eine Reihe famoser Bauerntypen; obenan Georg Harder als Altlechner, besonders wo er als Leitsänger der Wallfahrer meisterliche Physiognomik gab, der sehr beifällige Walter Leopold als Großbauer und Ludwig Urbach als der alte Brenninger. Die Musik wurde von der Kurkapelle unter Kapellmeister Walter ausgeführt. W. O.

Aus aller Welt.

Eisenbahnräuber.

Eine aus 30 Männern bestehende, mit Handgranaten bewaffnete Räuberbande brachte auf der Strecke Essen—Köln einen Güterzug zum Stehen und raubte ihn vollständig (?) aus. Vier Räuber wurden nach heftigem Kampfe festgenommen, die übrigen sind entflohen.

Ein Kugelblitz in einer Menschenmenge.

Bei einem schweren Gewitter in Lübeck entstand durch eine seltene Blitzerscheinung ein großer Schrecken unter den im Garten der Brauerei Wallmühle befindlichen Gästen. Unter furchtbarem Krach und bei blendender Helle zeigte sich im Garten plötzlich ein großer feuriger Ball, der eine Strecke fortrollte, und dann unter lautem Getöse zerplatzte. Die Menschen, die zunächst wie gelähmt waren, stoben entsetzt auseinander und alles flüchtete in das Gebäude. Obgleich viele Gäste betäubt wurden, wurde wunderbarerweise niemand, auch keiner von den ganz in der Nähe des Einschlages sitzenden Personen, verletzt, auch hatte die große Feuerkugel im Garten ihren Weg, ohne Spuren zu hinterlassen, zurückgelegt. Nur einen starken Schwefelgeruch hatte sie hinterlassen. Merkwürdig war auch, daß die feurige Erscheinung ohne Zickzackweg aus ziemlich lichtem Himmel kam.

Krieg auf 24 Fronten.

Neulich hat Bonar Law in der Guildhall in London gesagt, daß noch 24 Kriege geführt werden. „Common Sense“ hat versucht, eine Liste aufzustellen; es gelang ihm indessen nur, 18 Kriegsschauplätze zu erwähnen, die nur teilweise nicht mehr ganz aktuell sind.

1. In Georgien kämpfen Georgier gegen Denekin und Denekin gegen die Georgier.
2. Die Engländer kämpfen in Turkestan und haben kürzlich Merv erobert.
3. Die Engländer kämpfen in Afghanistan.
4. Der Oberst Word und das Regiment von Middlesex sind in Sibirien zur Unterstützung Koltschaks.
5. Die englische Expedition in Archangelsk und an der Murmanküste kämpft in verschiedenen Gegenden Nordrußlands.
6. Die Rumänen kämpfen gegen Bela-Khun.
7. Die Tschecho-Slowaken kämpfen gegen die Ungarn.
8. Die Polen kämpfen gegen die Ukrainer.
9. Die Ukrainer kämpfen gegen die Ungarn.
10. Deutsche Truppen bekämpfen die Letten.
11. Die Esten kämpfen gegen die Deutschen.
12. Die Deutschen kämpfen gegen die Bolschewiki.
13. Die Tschecho-Slowaken kämpfen gegen die Bolschewiki.
14. Die Finnländer kämpfen gegen die Russen.
15. Koltschak kämpft mit Unterstützung der Alliierten gegen die Bolschewiki im Osten.
16. Der General Denekin kämpft mit Unterstützung der Alliierten gegen die Bolschewiki im Südosten.
17. Die englische Flotte bombardiert Kronstadt von der Ostsee.
18. Die englische Schwarzmeerflotte kämpft gegen die Bolschewiki.

Dazu kommt noch der Krieg der Rumänen gegen die Bolschewiki in Bessarabien, der Ukrainer unter Petljura gegen die Bolschewiki in der Ukraine und in Galizien, der Polen gegen die Bolschewiki in Litauen und in Weißrußland, der Letten und Litauer gegen die Bolschewiki, endlich die Kämpfe in Sibirien, wo überall Bolschewikiabteilungen gegen das Regiment Koltschaks revoltieren.

Genossenschaftliches.

Konsumgenossenschaften und Sozialisierung.

Die Bedeutung der genossenschaftlichen Wirtschaftsform ist damit noch nicht erschöpft, daß man die Summe all der vielen kleinen wirtschaftlichen Vorteile, die eine Genossenschaft ihren Mitgliedern gewährt, würdigt. Die Genossenschaft will auch hinsichtlich ihrer sozialen Bedeutung gewürdigt werden. Auf diesen Anspruch weist Dr. A. Müller im „Plutus“ hin, wenn er sagt:

Das Genossenschaftswesen erzieht zur Arbeit und Solidität. Es verbindet die Einzelwirtschaft mit dem großen Kreislaufe der Volkswirtschaft und erweckt somit den Sinn für solidarisches Handeln, für eine planmäßige Organisation der Wirtschaft. Beteiligung an einer Genossenschaft bedeutet Ueberwindung des reinen Manchestertums, ohne dabei jedoch die wertvollen Begleiterscheinungen der Einzelexistenz zu stören. Das Genossenschaftswesen bildet gewissermaßen eine Synthese zwischen Individualismus, in der die Vorteile beider ökonomischen Formen verbunden werden. Gerade darum wird die Genossenschaft zur Durchführung der Sozialisierung berufen sein, einmal, weil der im Genossenschaftswesen stehende Geschäftsmann oder Arbeiter geistig durch seine genossenschaftliche Betätigung für die Anforderungen vorbereitet ist, die in einer gebundenen Wirtschaft an die Ideen und Vorstellungen der Wirtschaftssubjekte gestellt werden müssen, dann aber auch aus rein ökonomischem Grunde, nämlich deshalb, weil alle Genossenschaften mehr oder minder Bedarfsdeckungswirtschaften sind. Die Genossenschaft hat in der Regel keine andere Aufgabe, als irgendwelche Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu befriedigen. Sie leistet nichts im voraus, ohne zu wissen, ob diese Leistung auch erforderlich wird; sie kennt keine Jagd nach der Kundschaft, keinen wilden Konkurrenzkampf, keine Spekulation und infolgedessen auch keine Verluste, die aus überflüssigen, weil nicht absetzbaren Waren und Leistungen entstehen. Alle Genossenschaften gehen vielmehr auf Befriedigung des Bedarfs ihrer Mitglieder aus. Sie haben genügend Einblick in die Anforderungen ihrer Mitglieder, um diesen Bedarf im Voraus beurteilen zu können, und richten ihr Augenmerk nun darauf, ihn möglichst vorteilhaft zu befriedigen. Das ist das eigentlich sozialistische Prinzip, das im Genossenschaftswesen enthalten ist: Regulierung der Produktion, des Verbrauchs durch Deckung eines vorher festgestellten Bedarfs. Die Unsicherheit derjenigen kapitalistischen Organisationen, die für den freien Markt produzieren, verschwindet damit ganz aus dem Bereiche der Genossenschaftsarbeit. Eine erfolgreiche Sozialisierung muß gleichfalls bestrebt sein, soweit als irgend möglich den im voraus errechneten Bedarf zu befriedigen. Will sie die Genossenschaftsarbeit zum Vorbild und die Genossenschaft selbst als wertvolles Hilfsmittel in ihren Dienst nehmen.

Unsere Konsumgenossenschaften mit ihren doch schon recht ansehnlich ausgebauten Eigenproduktivbetrieben, die höchstentwickelte Form genossenschaftlicher Wirtschaftsweise, werden bei der Sozialisierung sehr wertvoll sein. Die in den Konsumgenossenschaften zusammengeschlossenen Bevölkerungsschichten haben Gelegenheit zum Sammeln von Kenntnissen und Erfahrungen, die bei der Beurteilung sozialer Maßnahmen notwendig sind. Diese Erfahrungen bewahren vor Ueberschätzung der eigenen Kraft und zwingen zur nüchternen Beurteilung der wirtschaftlichen Dinge. Die Summe dieser Erfahrungen aller einzelnen Glieder arbeitet in der Konsumgenossenschaft einheitlich auf ein gesteckes Ziel hin, und es ist diese Art wirtschaftlicher Betätigung, die unsere Konsumvereine zu wertvollen Mitarbeitern bei der Durchführung von Sozialisierungsplänen macht.

Verantwortlich für Redaktion: Ernst Loops; für Inserate: Bruno Ewert; Verlag: J. Gehl u. Co.; Druck Fuchs u. Co. in Danzig.

Amtl. Bekanntmachungen.

Städtischer Fischverkauf.

Von Dienstag, den 5. August an berechtigen bis auf weiteres neben der Marke G der Reichskarte auch die Marken D, K, P, M und N zum Einkauf von je 1 Pfund frischen oder geräucherten Fischen.

Danzig, den 1. August 1919. (39948

Der Magistrat.
Die Beauftragten des Volksausschusses.

Richtpreise für Fische.

Für Fische werden nach Anhörung des zuständigen Ausschusses folgende Richtpreise, die für den Kleinverkauf gelten, festgesetzt:

a) Frische Fische:

Flundern, über 24 cm, das Pfund	1,20	M.
Flundern, 18—24 cm „	0,96	„
Kleinere „	0,45	„
Schollen „	0,70	„
Aale „	5,—	„
Zander, groß „	[illegible]	„
Hechte, klein „	2,40	„
Schleie „	4,—	„
Barsche „	4,—	„
Breßen „	2,25	„
Heringe „	1,20	„

b) Räucherfische.

Flundern „	2,20	„
Aale „	9,—	„
Bücklinge „	2,80	„

Danzig, den 4. August 1919. (39947

Der Magistrat.
Die Beauftragten des Volksausschusses.

Auf Grund der Reichsgesetze vom 4. August und 17. Dezember 1914, in der Fassung vom 22. März 1916 setzen wir nach Anhörung des zuständigen Ausschusses der Preisprüfungsstelle mit Wirkung vom 1. August d. J. folgende neuen Höchstpreise für Kaninchenfleisch fest:

Junge, Braten (abgezogen)	54 Pfg.	1,08 Mk.
Alte, geschlt. Braten, Brust	2,50 Mk.	0,50 Mk.
Alte, Keulen	2,20 Mk.	0,40 Mk.

Danzig, den 4. August 1919. (39949

Der Magistrat.
Die Beauftragten des Volksausschusses.

Das Ernährungsamt der Stadt Elbing

teilt mit, daß für den Albrechtsmarktbezirk für die Woche vom 4. bis 9. August 1919 wie folgt zugeteilt:

Montag: 3 Pfund Semmelkleie (Kartoffelmarke 22), Kartoffelmarke 42 B wird am Tage der Bade entwertet (2 Kartoffeln für [illegible] Einwohner aufgerundet oder für Kartoffelkrieg.

Dienstag: [illegible] Pfund Kartoffeln (Kartoffelmarke 5 G).

[illegible] Kohlenmarke 4 [illegible].

Mittwoch: [illegible] Pfund Reis (Reismarke [illegible]).

[illegible] Pfund [illegible] (Kohlenmarke [illegible]).

Donnerstag: [illegible] Pfund [illegible] Weizenmehl (Weizenmehlmarke [illegible]).

[illegible] Kartoffeln (Kartoffelmarke 6 G).

[illegible] Kohlenmarke 4 [illegible].

[illegible] Kohlenmarke [illegible].

[illegible] Kartoffelmarke [illegible] [illegible] Kartoffeln [